
Peter Birle und Ricarda Musser
Deutschlandbilder – Lateinamerikabilder.
Die beiden deutschen Staaten und Lateinamerika
(1949 – 1990)

Im Laufe des Jahres 2009 wurde auf vielfältige Art und Weise an die Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Mai 1949 und an den Fall der Berliner Mauer im November 1989 erinnert. Das Ibero-Amerikanische Institut (IAI) nahm die beiden Jubiläen zum Anlass, sich im Rahmen eines Veranstaltungsschwerpunktes mit den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und Lateinamerika auseinanderzusetzen.¹ Dazu gehörte unter anderem die Ausstellung »Deutschlandbilder – Lateinamerikabilder«, die auf der Grundlage von Beständen aus den Sondersammlungen und der Bibliothek des IAI einen Teil des komplexen Netzwerks an Beziehungen zwischen 1949 und 1989 nachzeichnete. Der folgende Beitrag skizziert auf der Grundlage der Ausstellungstexte einige Grundzüge der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und Lateinamerika in diesem Zeitraum.

Die politischen Beziehungen mit Lateinamerika

Nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland bestand ein zentrales außenpolitisches Ziel darin, die durch den Zweiten Weltkrieg unterbrochenen diplomatischen Beziehungen mit Lateinamerika rasch wiederherzustellen und gleichzeitig eine Anerkennung der DDR zu verhindern. Die Hallstein-Doktrin von 1955 drohte allen Ländern für den Fall einer Anerkennung der DDR mit einem Abbruch der diplomatischen, wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Beziehungen.² Zunächst lehnten alle lateinamerikanischen Staaten die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR ab; der DDR-Diplomatie gelang jedoch in einigen Ländern die faktische Anerkennung durch Eröff-

nung von Handelsvertretungen, die über diplomatische Sonderrechte verfügten. In den 1960er Jahren stellte die Bundesregierung die Anwendung der Hallstein-Doktrin zusehends selbst in Frage, als sie allmählich Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten anbahnte. Aufgegeben wurde die Hallstein-Doktrin, als Bundeskanzler Brandt in seiner Regierungserklärung am 20. Oktober 1969 von »zwei Staaten einer Nation in Deutschland« sprach und damit die DDR de facto anerkannte. Nach Unterzeichnung des Grundlagenvertrages (1972) nahm die DDR diplomatische Beziehungen zu den meisten Ländern Lateinamerikas auf.

Die bundesdeutsche Lateinamerikapolitik agierte bis Mitte der 1970er Jahre zurückhaltend und betrachtete die Region als exklusive Einflussosphäre der USA. Ein zentrales Ziel bestand darin, der lateinamerikanischen Bevölkerung ein positives Bild von der Bundesrepublik als demokratischem Land zu vermitteln. Neben den staatlichen Beziehungen spielten die Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Akteure – beispielsweise der Parteienstiftungen und der Kirchen – immer eine wichtige Rolle für das Verhältnis mit Lateinamerika. In den 1970er Jahren erhöhte sich das Interesse der Bundesrepublik für Lateinamerika; der Abschluss eines Nuklearvertrages mit Brasilien (1975) führte zu erheblichen Konflikten mit den USA. In den 1980er Jahren engagierte sich die Bundesregierung bei der Suche nach einer Friedenslösung für Zentralamerika. Gleichzeitig setzte in dieser Zeit eine Tendenz zur »Europäisierung der Lateinamerikapolitik«, das heißt zur Verlagerung der politischen Beziehungen mit Lateinamerika auf die Ebene der Europäischen Gemeinschaften, ein.

Zum wichtigsten Partner für die DDR in Lateinamerika wurde, nach der Revolution von 1959, Kuba. In den 1960er Jahren bestanden zunächst allerdings noch ideologisch-politische Vorbehalte der DDR-Führung gegenüber den Revolutionären, da Herkunft und Zusammensetzung der kubanischen Führungskräfte nicht der These von der Hegemonie der Arbeiterklasse und ihrer Partei entsprachen. Auch die unterschiedlichen Positionen beider Länder gegenüber China führten zu Belastungen. Die SED-Führung blieb vorerst auf Distanz gegenüber Fidel Castro. Erst in den 1970er Jahren nahmen die bilateralen Beziehungen die für »sozialistische Bruderländer« typische Form an: gegenseitige Besuche der Partei- und Regierungsspitze (Honecker 1974 in Kuba, Castro 1977 in der DDR), Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit (1980), umfangreicher Delegationsaustausch auf allen Ebenen. Die politische Übereinstimmung zwischen beiden Ländern erreichte in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre einen Höhepunkt, als sowohl die DDR-Führung als auch die kubanische Regierung die Reformpolitik von Michail Gorbatschow



1 Strukturen des Handels: Handelsgüter

ablehnten und versuchten, sich vom Einfluss der UdSSR abzukoppeln. »Wir sind sehr stolz auf die Übereinstimmung mit der SED«, betonte im September 1989 letztmals ein Mitglied der kubanischen Regierung in Berlin.

Die wirtschaftlichen Beziehungen

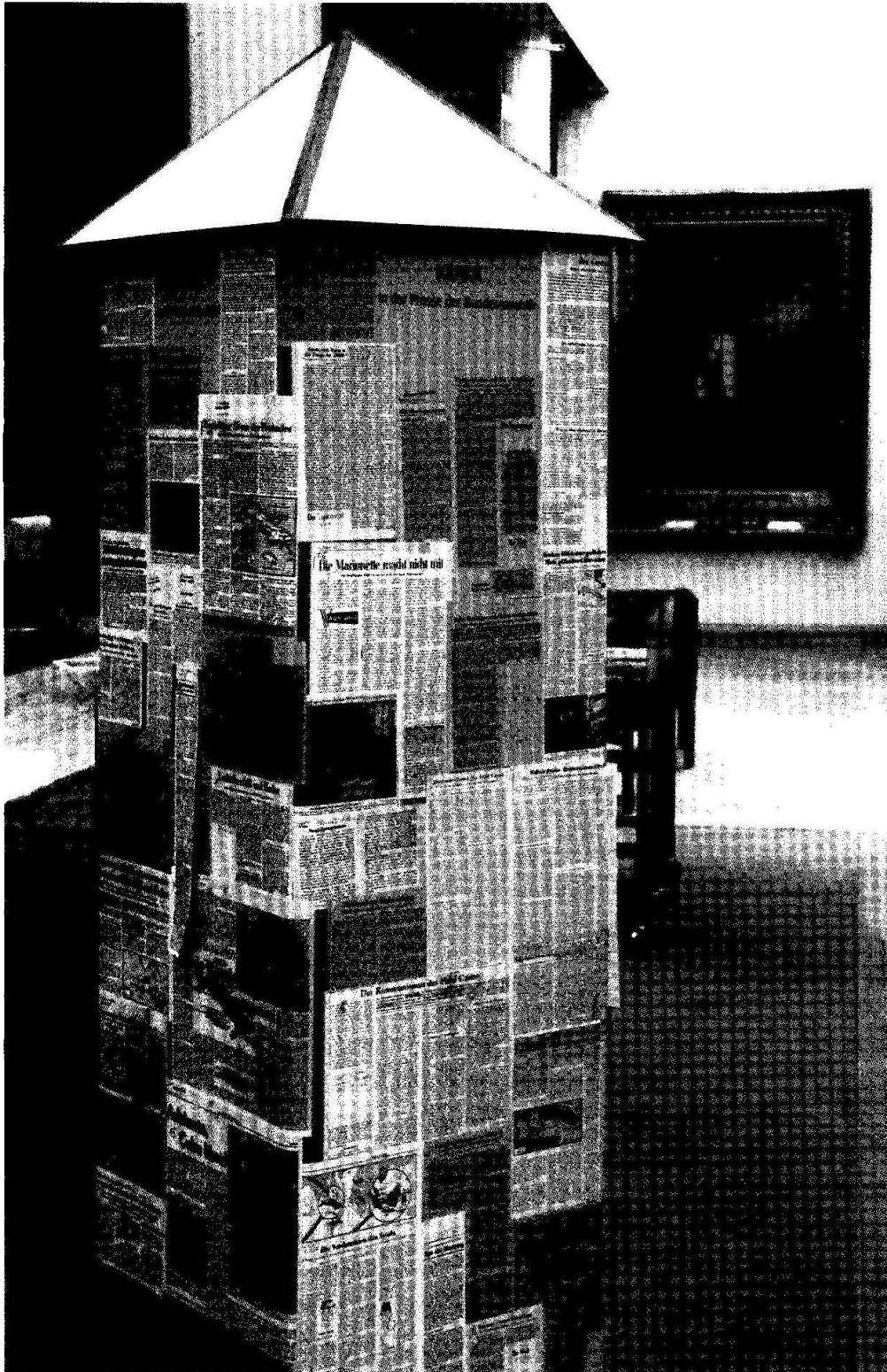
In den 1950er und 1960er Jahren war Lateinamerika ein wichtiger Handelspartner für die Bundesrepublik. 1960 gingen 6,6 Prozent der Exporte in die Region, 8,5 Prozent der Importe stammten von dort. In den darauffolgenden Jahrzehnten sank die Bedeutung Lateinamerikas als Handelspartner auf einen Anteil von 2 bis 3 Prozent am Gesamthandel. Die Handelsstruktur hatte sich gegenüber den Zeiten des »Kolonialwarenhandels« kaum verändert: Importiert wurden vor allem Agrarprodukte und mineralische Rohstoffe, exportiert wurden Kraftfahrzeuge, Maschinen, Elektrotechnik sowie chemische und pharmazeutische Produkte. Nur aus Mexiko und Brasilien wurden in größerem Ausmaß Industrieprodukte wie Autos, Autoteile, Maschinen und chemische Erzeugnisse eingeführt. Bis Ende der 1970er Jahre flossen 14 Prozent der bun-

desdeutschen Direktinvestitionen im Ausland nach Lateinamerika; das entsprach circa 40 Prozent der gesamten Direktinvestitionen in Entwicklungsländer. Die Bundesrepublik war bis in die 1980er Jahre wichtigster europäischer Investor in Lateinamerika, in fast allen Ländern wurden deutsch-lateinamerikanische Handelskammern gegründet. Die Wirtschafts- und Schuldenkrise führte jedoch zu einem Rückgang des Engagements. Handel und Investitionen konzentrierten sich auf Brasilien, Mexiko, Argentinien, Chile und Kolumbien. (*Abb. 1*)

Die wirtschaftlichen Kontakte zwischen der DDR und Lateinamerika begannen in den 1950er Jahren mit Bankenabkommen und der Eröffnung von Handelsbüros. Der Handel blieb in seinen Ausmaßen bescheiden und in seinen Strukturen – ähnlich wie im Falle der Bundesrepublik – klassisch (Kaffee, Futtermittel und Bananen sowie Bauxit für Hafenkranen, Lokomotiven und Maschinen). In den 1970er und 1980er Jahren entsprach die außenwirtschaftliche Strategie der DDR gegenüber Lateinamerika der generellen Richtlinie gegenüber Entwicklungsländern, »beiderseits vorteilhafte Wirtschaftsbeziehungen« zu entwickeln, das heißt für eine stabile Versorgung der Volkswirtschaft der DDR mit Rohstoffen, die Steigerung der Exporte und die Sicherung neuer Absatzmärkte zu sorgen. In den 1980er Jahren entfielen auf Lateinamerika circa zwei Prozent des DDR-Außenhandels. Innerhalb der Gruppe der Entwicklungsländer entsprach das zwischen 20 und 30 Prozent. Wichtigste Handelspartner waren Kuba, Brasilien, Nicaragua, Kolumbien und Mexiko. Anders als die Bundesrepublik, spielte die DDR aber für die lateinamerikanischen Länder mit Ausnahme Kubas als Wirtschaftspartner keine wichtige Rolle.

Lateinamerika in der Presse

Die Presse in beiden deutschen Staaten legte den Schwerpunkt ihrer Berichterstattung auf aktuelle Ereignisse in Lateinamerika. Am häufigsten erschienen Berichte über Länder, die durch gesellschaftliche Umwälzungsprozesse ins Rampenlicht des weltweiten Interesses traten. Informationen aus dem Bereich der Politik nahmen regelmäßig den größten Raum ein, gefolgt von wirtschaftlichen Themen und Naturkatastrophen. Verhältnismäßig wenige Informationen widmeten sich den Bereichen Kultur, Kunst und Sport. In Berichten über Revolutionen, die Errichtung und den Sturz von Diktaturen wurde häufig die Ost-West-Dimension der lateinamerikanischen Krisen deutlich, ebenso wie der konkrete Bezug zu deutschen Fragen. So spekulierte der Westberliner



2 Presseberichterstattung zu Lateinamerika in den beiden deutschen Staaten

Tagesspiegel am 30. März 1960 darüber, ob Kuba das »sowjetzonale Pankow-Regime« diplomatisch anerkennen würde. Das *Neue Deutschland* hob in den 1980er Jahren das Engagement der linken Solidaritätsbewegung mit Nicaragua in der Bundesrepublik hervor.

Mehrere Tageszeitungen der Bundesrepublik beschäftigten fest angestellte Korrespondenten in Lateinamerika, so die *Süddeutsche Zeitung*, die *Frankfurter Rundschau* und die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Für die DDR wurde meist aus Havanna berichtet. Die Tageszeitungen der Bundesrepublik boten insgesamt ein breiteres Spektrum an Wertungen und Meinungen an, als dies in den Presseorganen der DDR möglich und gewünscht war.

Die Ausstellung des IAI zeigte auf einer Litfaßsäule Beispiele aus der Berichterstattung der beiden deutschen Staaten über die Ereignisse in Kuba bis zur Invasion in der Schweinebucht 1961 sowie zum Putsch Pinochets und dem Sturz der chilenischen Regierung unter Salvador Allende 1973. (Abb. 2)

Lateinamerikanische Literatur in Deutschland

Die Literatur Lateinamerikas wurde vom Lesepublikum in den beiden deutschen Staaten relativ spät entdeckt. Die Verleihung der Nobelpreise an lateinamerikanische Autoren führte zumindest jeweils kurzzeitig zu einer verstärkten Wahrnehmung der literarischen Produktion des Subkontinents. Nachdem Gabriela Mistral (Chile) als erster lateinamerikanischer Autorin der Preis 1947 verliehen worden war, folgten Miguel Angel Asturias (Guatemala) 1967, Pablo Neruda (Chile) 1971, Gabriel García Márquez (Kolumbien) 1982 und Octavio Paz (Mexiko) 1990.

Der Boom der lateinamerikanischen Literatur in Deutschland lässt sich vor allem auf die zweite Hälfte der 1970er und die 1980er Jahre datieren. Einen großen Anteil an ihrem Bekanntwerden in der Bundesrepublik hatte der Schwerpunkt »Lateinamerika« auf der Frankfurter Buchmesse 1976, anlässlich derer in den Verlagen vieles nachgeholt und ergänzt wurde. Der Suhrkamp Verlag etablierte eine Lateinamerika-Reihe und stellte 19 Titel von 17 Autoren vor. Insgesamt erschienen etwa 50 Romane in deutscher Übersetzung. Ein weiteres wichtiges Ereignis für die Rezeption lateinamerikanischer Literatur war das »Zweite Festival der Weltkulturen« 1982 in West-Berlin, das Lateinamerika gewidmet war. Trotz des Booms erhöhte sich der Anteil von Übersetzungen aus dem Spanischen auf dem Buchmarkt lediglich von 1,6 auf 2 Prozent.

In der DDR setzten sich in den 1960er Jahren Lektoren wie Andreas Klotsch vom Verlag Volk und Welt und Horst Teweleit vom Aufbau Verlag für die Veröffentlichung der Boom-Literatur in der DDR ein und betraten damit literarisches Neuland.

Carlos Rincón wies in der Zeitschrift *Sinn und Form* 1973, Heft 3, auf eine ganze Reihe zeitgenössischer lateinamerikanischer Autoren hin, deren Werke auch in Deutschland rezipiert werden sollten. Die langen Planungsfristen und Genehmigungszeiten im Verlagswesen erlaubten jedoch kaum spontane Reaktionen darauf. Erst nach dem Sieg der Sandinisten 1979 diente das Heft als wichtiger Wegweiser für die Veröffentlichung von Literatur aus Nicaragua. Insgesamt erschienen in der DDR mehr als 450 Titel lateinamerikanischer Autoren.

Es war häufige Praxis, die in dem einen deutschen Staat angefertigte Übersetzung über eine Lizenz auch für die Veröffentlichung des Titels im anderen deutschen Staat zu erwerben. Allerdings gibt es auch Fälle, in denen Werke zweimal übersetzt wurden. Adaptionen von narrativer Literatur für das Theater und musikalische Aufführungen, wie »El Cimarrón« von Miguel Barnet in einer deutsch-deutschen Koproduktion am Volkstheater Rostock 1976 oder Literaturverfilmungen wie »Chronik eines angekündigten Todes« 1987 nach dem Roman von Gabriel García Márquez, trugen ebenfalls dazu bei, die Literatur Lateinamerikas in der Bundesrepublik und der DDR breiter bekannt zu machen.

Lateinamerikanische Filme in Deutschland

Ähnlich wie die Literatur führte auch der lateinamerikanische Film in beiden deutschen Staaten eher eine Nischenexistenz. Zwischen 1950 und 1965 kamen 90 Spielfilme aus Lateinamerika in die bundesdeutschen Kinos. Zwei Drittel davon stammten aus Mexiko, die übrigen verteilten sich etwa gleichmäßig auf argentinische und brasilianische Produktionen. Auf der Berlinale wurde erstmals 1956 ein lateinamerikanischer Regisseur ausgezeichnet, nämlich der Mexikaner Alfonso Corona Blake für seinen Film »El camino de la vida«. Weitere Preise gingen in den Folgejahren nach Argentinien, Brasilien und wiederum nach Mexiko. 1974 war zum ersten Mal ein Lateinamerikaner Präsident der Jury: der Argentinier Rodolfo Kuhn. Aus Anlass des »Zweiten Festivals der Weltkulturen« 1982 erschien das »Handbuch des lateinamerikanischen Films«, in dem auch lateinamerikanische Filme im deutschen Verleih ver-

zeichnet waren. Festivals und Filmreihen zu Lateinamerika fanden in den 1980er Jahren in mehreren Städten in der Bundesrepublik statt.

In der DDR verfolgte man vor allem die Entwicklung des am 23. März 1959 gegründeten »Instituto Cubano del Arte e Industria Cinematográficos« und des jungen kubanischen Films. Bereits auf der »V. Internationalen Dokumentar- und Kurzfilmwoche« 1962 in Leipzig liefen drei kubanische Filme. Insgesamt kamen mehr als 50 kubanische Filme über den Progress-Filmverleih in die Kinos der DDR. Filme aus Lateinamerika wurden ab Anfang der 1970er Jahre auch in den Studiokinos gezeigt, die vor allem dem Kunstfilm verpflichtet waren.

Deutsch-lateinamerikanische Koproduktionen blieben die Ausnahme. Ein Beispiel dafür ist der Kinderfilm »Juliana«, der 1988 mit Unterstützung der Evangelischen Zentrale für entwicklungspolitische Zusammenarbeit in Peru realisiert wurde.

Dass auch aktuelle Ereignisse in Lateinamerika filmisch umgesetzt wurden, zeigt der Film »Isabel auf der Treppe« der Regisseurin Hannelore Unterberg, der 1983 in den DEFA-Studios Potsdam-Babelsberg produziert wurde und vom Leben chilenischer Flüchtlinge in der DDR erzählt. Er erhielt auf dem »4. Nationalen Kinderfilmfestival Goldener Spatz« der DDR 1985 den Preis der Jury des jungen Publikums in der Kategorie Spielfilm.

Die wissenschaftlichen Beziehungen

Die Länder Lateinamerikas wurden von Anfang an am akademischen Austausch beteiligt, als die bundesdeutschen Wissenschaftsorganisationen ihre Tätigkeit nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufnahmen. Als wichtigste Institutionen zur Förderung der internationalen Wissenschaftsbeziehungen dienten der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) und die Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH). Die zunächst im Kern durch einseitige Stipendienangebote von deutscher Seite geprägten Beziehungen entwickelten sich seit Ende der 1960er Jahre zu einem vielfältigen Kooperationsgeflecht zwischen Hochschul- und Wissenschaftseinrichtungen. Wichtigste Partnerländer waren Brasilien, Mexiko, Chile, Argentinien, Costa Rica und Kolumbien. Ein großer Teil der Aufwendungen der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes für Lateinamerika entfiel (und entfällt) traditionell auf die deutschen Auslandsschulen, deren Förderung in den 1980er Jahren circa 60 Prozent der für Lateinamerika zur Verfügung stehenden Mittel ausmachte.

In der DDR war der »Zentrale Rat für Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften« (ZENTRAAL) inhaltlich und organisatorisch-finanziell das wichtigste Zentralisierungsorgan der wissenschaftlichen Beschäftigung und der akademischen Beziehungen mit Lateinamerika. Der Rat diente als Planungsorgan und entschied über Veröffentlichungen. Über ihn vollzog sich in der Regel auch die »Anleitung« durch die Abteilung Wissenschaft des Zentralkomitees der SED. Zugleich stand er – zumeist vermittelt durch das Institut für Internationale Beziehungen Potsdam-Babelsberg – dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten nahe, was wichtig war für internationale Aktivitäten und Reisemöglichkeiten. Bis in die 1970er Jahre kooperierten die Lateinamerikawissenschaften der DDR international fast ausschließlich mit dem Lateinamerika-Institut der Akademie der Wissenschaften in Moskau. Später entwickelte sich ein intensiver und vielfältiger wissenschaftlicher Austausch vor allem mit Kuba. Nach dem Pinochet-Putsch 1973 fanden viele chilenische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Zuflucht und neue Beschäftigungsmöglichkeiten in der DDR.

Die Nicaragua-Solidaritätsbewegung in beiden deutschen Staaten

In der Bundesrepublik entstand ab 1978 eine breite Solidaritätsbewegung mit Nicaragua. Nach dem Sieg der Sandinisten 1979 wuchs die Zahl der Aktionsgruppen und Komitees auf mehr als 300 an. Viele davon hatten ihre Wurzeln im gewerkschaftlichen und kirchlichen Bereich sowie in linken Bewegungen und Organisationen. Zu diesen kamen noch etwa 100 Städtepartnerschaften hinzu. Mit großer Aufmerksamkeit wurde der gesellschaftliche Entwicklungsweg Nicaraguas verfolgt und diskutiert, vor allem die Einbeziehung eines breiten bürgerlichen Bündnisses in die erste Regierung, die Agrarreform, die Alphabetisierungskampagne und der Aufbau eines kostenlosen Gesundheitswesens. Zahlreiche Veranstaltungen, Konzerte und Aktionen dienten der Finanzierung von Solidaritätsprojekten in Nicaragua. Als die sandinistische Regierung im November 1985 vor dem Hintergrund des sich verschärfenden Contra-Krieges dazu aufrief, das Land durch internationale Arbeitsbrigaden zu unterstützen, meldeten sich zahlreiche Interessierte aus der ganzen Bundesrepublik. Die erste Brigade »Todos juntos venceremos« (Gemeinsam werden wir siegen) machte sich mit 145 Personen am 20. Dezember nach Nicaragua auf, um im Norden des Landes vor allem bei der Kaffee-Ernte zu helfen. Später wurden die Brigaden auch beim Wiederaufbau von Schulen und Krankenhäusern

eingesetzt. Insgesamt waren etwa 15 000 Bundesdeutsche zu längeren oder kürzeren Arbeitseinsätzen in Nicaragua. Der Deutsche Entwicklungsdienst war mit circa 25 Mitarbeitern in dem mittelamerikanischen Land präsent. Eine breit organisierte Solidaritätsbewegung gab es in der Bundesrepublik nicht nur zu Nicaragua, sondern auch zu Kuba, Chile und El Salvador.

Die Solidarität der DDR mit Nicaragua war im Unterschied zur Bundesrepublik, wo es sich im Wesentlichen um zivilgesellschaftliche Solidaritätsorganisationen und -aktionen handelte, eine staatlich gelenkte Solidarität. Ihre Organisation erfolgte über das Solidaritätskomitee. Bereits am 31. Juli 1979 landete eine Sondermaschine der Interflug, beladen mit 15,5 Tonnen Hilfsgütern, in Managua. In den nächsten anderthalb Jahren wurden weitere 25 Tonnen Arzneimittel, Impfstoffe, Verbandsmaterialien, Bekleidung, Decken, Schulmaterialien und Nahrungsmittel in das zentralamerikanische Land geschickt. Diese und andere Hilfsaktionen wurden durch Spenden, Solidaritätsaktionen und Sonderschichten in den Betrieben finanziert. Die Hilfen, die vor Ort geleistet wurden, lagen vor allem im Bereich der Ausbildung und der medizinischen Versorgung. Von großer Bedeutung in diesem Zusammenhang war das Hospital Carlos Marx in Managua, das am 23. Juli 1985 als Geschenk der Bevölkerung der DDR an Daniel Ortega übergeben wurde und das im August desselben Jahres mit 63 Mitarbeitern aus der DDR sowie nicaraguanischen Helfern den Dienst aufnahm. Einen hohen Stellenwert hatte außerdem die Mitarbeit am Bau und Betrieb des Berufsausbildungszentrums in Jinotepe, in dem 1983 bis 1989 circa 500 Facharbeiter ausgebildet wurden. Weiterhin konnten 275 Nicaraguaner an Hoch- und Fachschulen der DDR ein Studium aufnehmen.

Neben der staatlich gelenkten Solidarität bildeten sich für Nicaragua einige unabhängige Solidaritätsgruppen in Leipzig, Jena, Potsdam, Berlin und Magdeburg, die von den Sicherheitsorganen der DDR argwöhnisch beobachtet wurden. Besonders interessant an den Entwicklungen in Nicaragua war für die Mitglieder dieser Gruppen das Modell eines Dritten Weges, das möglicherweise auch für eine reformierte DDR denkbar gewesen wäre und in dem sowohl sozialistische als auch christliche Ideen ihren Platz fanden. Sich selbst in Nicaragua zu engagieren war für diese Gruppen in der Regel nicht möglich, zählte man das Land doch zum kapitalistischen Ausland. Nach zähen Verhandlungen wurde den unabhängigen Gruppen vom Solidaritätskomitee immerhin ein Transportcontainer pro Jahr zur Verfügung gestellt und die Möglichkeit geschaffen, mit den gesammelten Spenden Hilfsgüter für Nicaragua zu kaufen.

Fazit: Komplexe Beziehungsgeflechte – wenig erforscht

Bei vielen Veranstaltungen des Ibero-Amerikanischen Instituts zum Themenschwerpunkt »Die beiden Deutschland und Lateinamerika« zeigte sich, dass ein großes Interesse an den Beziehungen mit Lateinamerika existiert. In bisweilen kontroversen Diskussionen traten dabei auch bis heute andauernde innerdeutsche Empfindlichkeiten zutage, wenn es um die Analyse und Bewertung der Beziehungen mit Lateinamerika ging. Zugleich stellte sich immer wieder heraus, dass viele Bereiche der Außenpolitik der beiden deutschen Staaten gegenüber Lateinamerika bislang nur unzureichend erforscht sind. Bis heute gibt es keine systematische vergleichende Bestandsaufnahme der Beziehungen der beiden deutschen Staaten mit Lateinamerika. Das Ibero-Amerikanische Institut hat sich vorgenommen, diese Lücke 2010 mit der Veröffentlichung eines entsprechenden Bandes zu schließen.

Anmerkungen

1 Weiterführende Literatur zu dem Thema u.a.: Peter Birle / Friedhelm Schmidt-Welle (Hg.): Wechselseitige Perzeptionen: Deutschland – Lateinamerika im 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 2007; Erika Harzer / Willi Volks (Hg.): Aufbruch nach Nicaragua: deutsch-deutsche Solidarität im Systemwettstreit, Berlin 2008; Manfred Mols / Christoph Wagner (Hg.): Deutschland – Lateinamerika: Geschichte, Gegenwart und Perspektiven, Frankfurt am Main 1994; Diana von Römer / Friedhelm Schmidt-Welle (Hg.): Lateinamerikanische Literatur im deutschsprachigen Raum, Frankfurt am Main 2007.

2 Obwohl die nach Walter Hallstein (CDU), Staatssekretär im Auswärtigen Amt von 1951 bis 1958, benannte »Hallstein-Doktrin« von 1955 bis 1969 eine zentrale Leitlinie der Bonner Deutschlandpolitik war, wurde nie ein amtlicher Wortlaut veröffentlicht. Sie besagte, die Bundesregierung betrachte es als einen »unfreundlichen Akt«, wenn dritte Staaten die DDR völkerrechtlich anerkennen, mit ihr diplomatische Beziehungen aufnehmen oder aufrechterhalten. Erstmals Anwendung fand die Doktrin, als Jugoslawien 1957 diplomatische Beziehungen zur DDR aufnahm und die Bundesrepublik Deutschland darauf ihre diplomatischen Beziehungen abbrach. Nachdem im Januar 1963 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Kuba und der DDR erfolgt war, brach die Bundesrepublik die Beziehungen zu Havanna ab und richtete erst 1975 wieder eine Botschaft auf Kuba ein. Andere lateinamerikanische Länder verzichteten bis Anfang der 1970er Jahre auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR.